

Flüchtlingsdrama im Mittelmeer: Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch

# „Griechenland ist personell und finanziell vollständig überfordert“

**Bastion Ägäis in der Festung Europa: Wohin mit den Flüchtlingen?** Eine Fachtagung zu diesem Thema veranstaltete die Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften (VDGG) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26. / 27. November in Berlin. Als Präsidentin der VDGG, Sigrid Skarpelis-Sperk, Anfang des Jahres mit den Planungen für diese Tagung begann, konnte sie nicht wissen, wie dramatisch sich die Lage der Flüchtlinge in Griechenland noch zuspitzen sollte.



150.000 Flüchtlinge werden jedes Jahr offiziell in Griechenland registriert. (Foto: ek/Archiv)

**GZ:** Im vergangenen Oktober hat der stellvertretende Minister für Bürger-schutz, Spyros Vougiatis, eines der Lager für neu angekommene illegale Migranten, das Lager Pagani auf Lesbos, besucht und er hat es, sichtlich erschüttert, mit Dantes Hölle verglichen. Dieses Lager wurde geschlossen, aber was hat die neue Regierung der PASOK seitdem für die Flüchtlinge getan, hat sich da wirklich etwas verbessert?

**SKARPELIS-SPERK:** Die Lage der Flüchtlinge und Migranten hat sich nicht wirklich verbessert, im Gegenteil – wie sollte sie auch? In Griechenland werden jährlich 150.000 illegale Flüchtlinge registriert, die Dunkelziffer dürfte sehr viel höher sein. Die Lage ist dramatisch schlechter geworden, seit die EU durch Abkommen faktisch das westliche Mittelmeer „dichtgemacht“ hat und damit nun alle den Weg über das östliche Mittelmeer suchen. Griechenland ist personell und finanziell vollständig überfordert, der Flüchtlingsströme Herr zu werden, sie auch nur notdürftig zu versorgen, geschweige denn den Menschen bei Lösungen behilflich zu sein. Nur zum Vergleich: Deutschland hatte im Jahre 2008 pro eine Million Einwohner 330 Asylbewerber, Zypern 4370 und Malta 6350.

Die Mitgliedstaaten der EU stehlen sich aus der Verantwortung und überlassen alles der ohnehin extrem belasteten griechischen Regierung. Die berät derzeit ein Gesetz, das wohl kurz vor der Beschlussfassung im Kabinett steht und noch vor Weihnachten ins Parlament zur Beratung soll.

## Eine neue Behörde muss aufgebaut werden

**GZ:** Wird dieses Gesetz Wirkung zeigen?

**SKARPELIS-SPERK:** Die zügige Verabschiedung eines Gesetzes, das wie der UNHCR in Griechenland erläuterte, erhebliche rechtliche Verbesserungen für die Flüchtlinge und Migranten bringen wird, ändert zunächst wenig an der Realität der Betroffenen. Eine Behörde vergleichbar der in Deutschland muss aufgebaut werden – mit den Beamten, dem Fachpersonal, den Dolmetschern, Juristen, Sozialarbeitern usw. –, die

Menschen geschult und im Umgang mit fremden Kulturen eingewiesen werden. Das dauert mindestens ein Jahr. Darüber hinaus bedarf es mehr Personal und erheblich mehr Geld, um nur die drängendsten Probleme der katastrophalen Unterbringung, der unerträglichen hygienischen Verhältnisse und die nicht vorhandene Sorge für die unbegleiteten Kinder wirksam anzugehen. Wie soll das eine Regierung schaffen, die unter dem Diktat der Troika steht, überall radikale Kürzungen bei den öffentlichen Haushalten durchzusetzen?

Wie ist das auch politisch durchzusetzen, wenn für die Massen an Flüchtlingen ein soziales Netz aufgespannt werden soll, das es für die eigene Bevölkerung nicht gibt?

Nachdem bisher die nächtliche Fahrt über das Meer auf eine der ägäischen Inseln der bevorzugte Weg nach Griechenland war – und viele der „boat people“ sind da ertrunken – so ist es jetzt vor allem der Weg über den Grenzfluss Evros in Thrakien.

## Schockiert über die humanitäre Katastrophe

**GZ:** Was spielt sich an dieser Grenze ab?

**SKARPELIS-SPERK:** Menschen ertrinken weiterhin – nur diesmal im Evros. Allein im letzten Monat sind dort 44 Leichen angeschwemmt worden. Es werden vermutlich mehr sein. Über 40.000 Menschen sind bisher, d.h. bis zum 20. November, als illegale Einreisende registriert und interniert worden, wie der UNHCR-Repräsentant in Griechenland, Jorgos Tsaropoulos, auf der Tagung der VDGG berichtete. Alle ausländischen Besucher der Grenze zeigten sich in ihren Berichten schockiert über die humanitäre Katastrophe – vom Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Tom Königs, in seinem jüngsten Bericht, bis hin zu Rüdiger Veit, dem zuständigen Sprecher der SPD. Alle beklagen die Umstände – aber die dringende Bitte der griechischen Regierung um solidarische Hilfe wurde ignoriert.

**GZ:** Deutschland als Land ohne EU-Außengrenzen ist gut dran, was die Flüchtlingsfrage angeht, die Boat-People landen schließlich nicht auf Helgoland, wie es der Präsident der Akademie der Künste, Klaus Staeck, auf dem 30. Berliner Akademiegespräch vor einem Jahr ironisch formulierte, und was die Grenzschutztruppe Frontex im einzelnen so alles anstellt, um uns die Flüchtlinge vom Hals zu halten, wollen wir lieber nicht so genau wissen. Jetzt hat Griechenland offiziell Frontex-Grenzschützer angefordert – ein Notruf. Wie muss man sich die Arbeit dieser Spezialisten vorstellen?

**SKARPELIS-SPERK:** Zur Zeit sind 63 Frontex-Beamte in Alexandroupolis tätig. Sie sollten die griechische Polizei bei der Überwachung der Grenze, Feststellung der Herkunftsländer und Ermittlung der Reiserouten unterstützen. De facto übernimmt Frontex aber nur die Bestimmung der Herkunftsländer. Von täglich 8 bis 15 Uhr werden Interviews durchgeführt. Pro Person stehen dafür 2 bis 3 Minuten zur Verfügung.

## In der Türkei haben Menschenschmuggler freie Hand

**GZ:** Wie ist eigentlich das Verhalten der Türkei zu beurteilen, was die illegalen Grenzübertritte angeht – schaut sie einfach weg?

**SKARPELIS-SPERK:** Die Türkei schaut weg – vor allem an der griechisch-türkischen Grenze. Sonst gäbe es ähnliche Probleme auch mit Bulgarien. Die Menschenschmuggler haben mehr oder minder freie Hand und die türkischen Behörden vermutlich eine offene. Allein Appelle werden die Türkei sicher nicht dazu bewegen, etwas zu tun. Die hat das Beispiel der Maghreb-Staaten und vor allem Libyens vor Augen und wird sich eine Rolle als Bollwerk für die Außengrenzen Europas bezahlen lassen – in klingender und politischer Münze. Dazu muss man wissen, dass die Türkei auch ein Flüchtlingsproblem hat, mit Tausen-

den von iranischen Flüchtlingen, die z.B. rings um Ankara campieren. Wer Griechenland helfen will, darf sich vor dem Problem der Türkei nicht wegducken: das heißt, Europa muss auf die Türkei Druck ausüben und helfen, mit den humanitären Problemen der Flüchtlinge im eigenen Land fertig zu werden. Dafür gibt es geeignete Organisationen bei der UNO – man muss ihnen die Möglichkeit und das Geld geben, wirksam zu werden.

**GZ:** In Deutschland zeigt man gern mit dem Finger auf die Griechen, denen man Verstöße gegen die Menschenrechte und gegen das Asylrecht vorwirft, auch Organisationen wie Pro Asyl tun das. Doch ist Griechenland der falsche Adressat, um noch einmal Klaus Staeck zu zitieren: „Wir sind mitschuldig, solange wir nicht bereit sind, die Last der Länder mit den EU-Außengrenzen mit zu tragen.“ Hat er da nicht recht?

**SKARPELIS-SPERK:** Natürlich hat Staeck recht. Solange die EU sich nicht von DUBLIN II verabschiedet und ein neues verbindliches System einer solidarischen Lastenteilung einführt – d.h. Aufteilung der Flüchtlinge auf die EU-Länder und eine schnelle Soforthilfe in einer akuten Krise –, solange sind wir mitschuldig. Noch schlimmer: Wir empören uns über „die“ Griechen, aber wir geben nicht. Wir sind schlicht Pharisäer.

## Wegducken vor einer Katastrophe?

**GZ:** Sie haben auch Politiker zu der Berliner Tagung eingeladen. Wer ist gekommen? Und was kann man von der Politik Deutschlands und der EU erwarten – „Flüchtlingsbekämpfung“, wie es Angela Merkel einmal als Freud'scher Versprecher entfahren ist? Und was sind eigentlich die Minimalforderungen, die man an eine europäische Flüchtlingspolitik stellen muss, die der europäischen Menschenrechtskonvention gerecht wird?

**SKARPELIS-SPERK:** Von der hohen Politik kamen Staatsminister Dr. Werner Hoyer vom Auswärtigen Amt, der griechische Vizeaußenminister Dimitris Dollis und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner. Die eigentlich zuständigen politisch Verantwortlichen – die Staatssekretäre des Bundesinnenministeriums – kamen nicht. Sie schickten einen kompetenten Beamten, der ohne jede Abweichung die Linie der Bundesregierung vertrat: „Wir sehen nichts, wir ändern nichts, wir geben nichts“ – so könnte man seine Position zusammenfassen. Das ist nichts anderes als ein politisches Wegducken vor einer humanitären Katastrophe.

Das Interview führte Eberhard Rondholz